Grünes Positionspapier zur Stadtentwicklung: *Arbeiten und Leben in Speyer*

Verfasser und Ansprechpartner: Johannes Jaberg, Owe Lorenz

Die Entwicklung von Speyer wird von vielen sich überschneidenden Bedürfnissen und äußeren Gegebenheiten beeinflusst. Weil heutige Weichenstellungen immer sehr langfristige Auswirkungen haben, erfordert Stadtentwicklung Weitsicht und Mut. Niemand kann exakt voraussagen, wie sich die Bedingungen im Detail verändern. Doch über viele Tendenzen besteht Einigkeit: Die Veränderung des globalen Klimas wird materielle Schäden und gesundheitliche Beeinträchtigungen verursachen. Beispielsweise führen extremere Temperaturen zu erhöhtem Energieaufwand zum Kühlen und Heizen. Häufigere Hochwasser erfordern kostspieliges Anpassen der Schutzmaßnahmen und -anlagen.

Die GRÜNEN stehen zum 2010 beschlossenen Klimaschutzkonzept der Stadt und fordern ein konsequenteres Handeln, um die dort gesteckten Ziele auch verwirklichen zu können. Die GRÜNEN haben den Mut, neben den notwendigen Anpassungsmaßnahmen auch Wege zur Vermeidung klimaschädigenden Wirtschaftens zu verlangen.

Mobiles Speyer

Speyer ist eine Stadt der kurzen inneren Wege. Die Speyerer wissen es zu schätzen, nahezu alle Ziele in der Stadt fußläufig oder auf dem Fahrrad erreichen zu können, ohne größere Steigungen überwinden zu müssen. Daher kommt den Speyerer GRÜNEN dem Ausbau des Radwegenetzes und barrierefreier Fußwege hoher Stellenwert zu. Geschäftlicher und privater motorisierter Individualverkehr (MIV) soll auf ein Maß gesenkt werden, das für ein regionales Mittelzentrum unabdingbar ist. Um die Lärm- und Schadstoffemissionen in der Stadt weiter zu senken, ist das Angebot von öffentlichem Nahverkehr (ÖPNV) weiter zu stärken. Die GRÜNEN sind für ein Tempolimit 30 km/h auch auf Landes- und Kreisstraßen im Stadtgebiet. Wir stehen zum Bau des S-Bahn-Haltepunktes Süd und unterstützen alle darüber hinaus gehende Maßnahmen, die den Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn attraktiv werden lassen. Die GRÜNEN sehen auch in einer Abkehr von der bestehenden Stellplatzverpflichtung am Bauobjekt hin zur Schaffung von Stellplätzen außerhalb der Wohnquartiere eine Möglichkeit, teures Bauland nutzbringender einzusetzen.

Wirtschaften in Speyer

Speyer bietet vielen Menschen eine Beschäftigung in öffentlichen und privaten Unternehmen. Jedoch gut 20.000 von ihnen wohnen nicht in der Stadt und laut IHK (Stand 2017) pendeln über 10.000 Bürger*innen zu auswärtigen Arbeitsplätzen. Dieser werktägliche Berufsverkehr belastet neben dem gewerblichen Schwerlastverkehr die städtische Infrastruktur und das Klima außerordentlich. Roh-Erdöl mit Tankkraftwagen 40t-weise über die Straße von Speyer nach Wörth zu transportieren, wiederspricht dem GRÜNEN Verständnis vollkommen. Leider lässt sich auch der Irrweg der Speyerer Wirtschaftsförderung der letzten Jahrzehnte, Speditionen und Logistikunternehmen im großen Stil anzulocken, nicht einfach rückgängig machen. Die GRÜNEN unterstützen jedenfalls andere ansässige Mittelstandsbetriebe und inhabergeführte Unternehmen, die korrekt vergütete Arbeits- und Ausbildungsplätze in Speyer anbieten und erhalten.

Arbeiten und Wohnen

Speyer soll reizvoller Wohnort bleiben. Deshalb setzen sich die Speyerer GRÜNEN für den Bau von Wohnungen ein, die Menschen mit kleinem Budget auch bezahlen können. Wir fordern die Einführung einer Quote, die Investoren vorgibt, ein Drittel der geplanten

Wohnfläche mit Sozialbindung zu schaffen. Denn wer in Speyer im Ruhestand ist, arbeitet und/oder lernt, soll auch hier wohnen können. Die Zahl der Pendler*innen darf sich nicht noch erhöhen.

Die GRÜNEN sehen in diesem Zusammenhang eine besondere Chance für die Stadtentwicklung im Engagement von Baugruppen, die gemeinschaftlich und privat in die Schaffung von Lebens-, Wohn- und Arbeitsräumen in integrierten Quartieren investieren. Immer mehr Menschen suchen nach Lebensräumen außerhalb starr vorgegebener Architekturen und wünschen sich Wohn-Umfelder, das ihren individuellen Situationen und persönlichen Lebensmodellen mehr gerecht werden kann.

Die GRÜNEN werden die Stadt bei der Förderung dieser zeitgemäßen Wohn-Konzepte unterstützen, auch wenn dabei Entscheidungen zu treffen sind, die zunächst finanziell schwierig erscheinen, weil eingeübte Pfade verlassen werden. Wohlmöglich werden alt vertraute Wegbegleiter der ansässigen Finanz- und Baubranche erst überzeugt werden müssen und diesem Trend nicht folgen wollen. Wir Grüne sind jedoch davon überzeugt, dass die Stadt auf lange Sicht von diesen aktiven Baugruppen, die sich aus allen Gesellschaftskreisen bilden, auf vielfältige Weise profitieren wird. Das sich gegenseitig unterstützende Zusammenwirken von gemeinschaftlich aufgebauten und organisieren Dienstleistungen, werden die städtischen Folgekosten und Aufwendungen dauerhaft mindern. Als Beispiele seien hier gemeinschaftlich genutzte und gepflegte Gärten und Grünflächen, Gästewohnungen, Büro- und Versammlungsräume, Werkstätten, Hausmeister- und Liefer-Service, Stellplätze für gemeinschaftseigene und Mietfahrzeuge, Einkaufsgemeinschaften, medizinische und soziale Betreuung, Quartiers-Kita, Quartiersvereine u.v.a.m.

Nicht nur in diesen alternativ entwickelten Wohnquartieren lässt sich neben sozialer Vielseitigkeit auch Inklusion realisieren. Die GRÜNEN fordern neben der Sozialquote eine verbindliche Festschreibung eines Anteils an barrierearmer Wohnungen für körperlich und geistig beeinträchtigte Menschen. Um dieses Ziel realistisch zu machen, ist mit Augenmaß im Einzelnen abzuwägen, ob solche Quoten auf einzelne Gebäude oder Quartiere anzuwenden sind. Überhaupt müssen bauliche Standards den absehbaren Bedarfen angemessen sein, damit die Baukosten überschaubar bleiben. Die ganzheitliche Betrachtung der Bauvorhaben muss aber stets berücksichtigen, dass ein vorausschauend ehrgeiziges Energiekonzept auf lange Sicht die Wohnnebenkosten, also die 2. Miete in sozialverträglichen Grenzen hält.

Bauen und Erholen

Speyer bleibt von globalen Entwicklungen nicht verschont. Die langfristig niedrigen Zinsen haben die Investitionen in Wohnraum für Vermögende angeheizt. Insbesondere in Speyer ist Bauland knapp, so dass die Quadratmeterpreise inzwischen übertrieben sind. Zudem nehmen die Baukosten kontinuierlich zu. „Billiger“ Wohnraum kann ohne Unterstützung nicht mehr geschaffen werden. Die GRÜNEN setzen sich entsprechend bundes- und landesweiter Rahmenbedingungen für das Bauen sozial geförderter Wohnungen ein, um dem großen Bedarf an bezahlbarem Wohnraum in der Stadt gerecht zu werden. Das Anpassen der B-Pläne hinsichtlich erlaubter Geschosszahlen sollte in Einzelfällen überdacht werden, damit höhere Geschossflächenzahlen ermöglicht werden können. Das bedeutet ggf. auch, höhere Gebäude zu erlauben, obwohl dadurch wohlmöglich die Frischluftzufuhr gedrosselt wird. Die Grünen trauen sich diese verantwortungsvolle Abwägungsaufgabe für möglichst die flächenschonende Nachverdichtung zu.

Die GRÜNEN teilen das allgemeine Ziel, die Innenentwicklung einer Außenentwicklung vorzuziehen. Doch wir sehen die negative Auswirkung des Nachverdichtens auf das innerstädtischen Mikroklima sehr kritisch. Nicht selten sind schon jetzt deutlich höhere Temperaturen in den Sommermonaten in der Innenstadt messbar. Dieser Trend kann durch eine Begrünungssatzung allein nicht gestoppt werden. Die jüngst eingeführte Baulandstrategie

und das Wohnraumkonzept der Stadtverwaltung soll zwar die Grünvernetzung berücksichtigen, doch wir GRÜNE fordern darüber hinaus eine Grünflächenplanung im Stadtgebiet, die im Flächennutzungsplan FNP 2030 verbindlich festgehalten wird. Die Verdichtung muss durch begrünte Korridore als Frischluftschneisen und Parks zur Erholung kompensiert werden.

Wer durch Bauen in die Umwelt eingreift, muss dieses möglichst gleich daneben adäquat ausgleichen. Diese Kompensationsmaßnahmen müssen stets zu einer ökologischen Verbesserung führen. Da die Potenzialflächen, die für eine ökologische Aufwertung geeignet sind allmählig knapp sind (z.B. Industrie- und Agrarflächen), halten wir GRÜNEN das Anlegen eines Ökokontos als Guthaben für künftige Baumaßnahmen (gewerblich und Wohnbebauung) für überfällig. Der Ankauf von vergleichsweise günstigen Agrarflächen als Vorleistung zu diesem Zweck unterstützen wir GRÜNE. Wir halten es für selbstverständlich, dass die Qualität der Umsetzung im B-Plan festgelegter Ausgleichsmaßnahmen und deren Entwicklung regelmäßig dokumentiert wird.